



**Durchführungsvertrag
zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan
Bergedorf 112**

**- Änderung des Vertrags vom 13.11.2015
in der Fassung des Änderungsvertrags vom 08.10.2018**

zwischen

der **Freien und Hansestadt Hamburg, Bezirksamt Bergedorf**,
Wentorfer Straße 38, 21029 Hamburg

vertreten durch den Bezirksamtsleiter Herrn Arne Dornquast

- nachstehend „**Bezirksamt**“ genannt -

und der

Projektgesellschaft Bergedorfer Tor mbH & Co. KG
[REDACTED]

vertreten durch die Komplementärin

Erste Hanseatische REV GmbH
[REDACTED]

diese vertreten durch ihre Geschäftsführer
[REDACTED]

- nachstehend „**Vorhabenträgerin**“ genannt -

Gemäß § 13 des Durchführungsvertrags vom 13.11.2015 wird folgende Änderung vereinbart:

§ 4 Absatz 1 des Durchführungsvertrags enthält folgende Fassung:

Die Vorhabenträgerin wird innerhalb von sechs Monaten nach Erreichen des Verfahrensstandes gemäß § 33 BauGB vollständige und genehmigungsfähige Bauanträge für die Errichtung des Vorhabens gemäß § 3 einreichen. Der Vorhabenträgerin ist bekannt, dass das Vorhaben erst nach Vorliegen der formalen Vorweggenehmigungsreife nach § 33 Absatz 1 BauGB genehmigt werden kann. Die Baugenehmigungen werden widerruflich erteilt werden. Unter der Voraussetzung, dass die einzelnen vollständigen vollziehbaren Baugenehmigungen vorliegen, verpflichtet sich die Vorhabenträgerin, spätestens am 15.06.2020 mit dem Vorhaben zu beginnen. Der Baubeginn wird mit dem Beginn des Baugrubenaushubs definiert. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich das Vorhaben innerhalb von 30 Monaten fertigzustellen. Der Lauf der 30 Monatsfrist beginnt am 15.1.2021 (Beginn der Rohbauarbeiten, definiert als Beginn des Baus der Tiefgaragensohle). Der Baubeginn des Baugrubenaushubs und der Rohbauarbeiten sowie die Fertigstellung sind dem Bezirksamt anzuzeigen. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich weiterhin, die Freiraumgestaltung gemäß Freiraumplanung innerhalb von weiteren 6 Monaten nach Fertigstellung des Hochbaus fertigzustellen und die Fertigstellung dem Bezirksamt (B/WBZ 2) anzuzeigen.

Hinter Abs. 1 wird folgender Abs. 1a eingefügt:

Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, dem Bezirksamt Bergedorf bis zum 15.6.2020 die vollständigen unterzeichneten Bauausführungsverträge für die Tiefbaumaßnahmen vorzulegen und bis zum 30.11.2020 die unterzeichneten Bauausführungsverträge für die Rohbaumaßnahmen. Die Verträge können in Hinblick auf wirtschaftliche, kaufmännische und personenbezogene Aspekte geschwärzt werden. Anstatt die Verträge vorzulegen, kann die Vorhabenträgerin dem Bezirksamt und Abgeordneten der Bezirksversammlung auch Einsicht gewähren oder in anderer Weise den Nachweis des Vertragsabschlusses führen.

In § 10 wird folgender neuer Abs. 2 eingefügt:

Für den Fall der Überschreitung der Frist zum Baubeginn (15.06.2020), der Frist zum Beginn des Rohbaus (15.01.2021) und des Ablaufs der sich daran anschließenden Frist von 30 Monaten, kann das Bezirksamt, abweichend von § 10 Absatz 1 1. Spiegelstrich des Vertrages, für jeden Tag der Fristüberschreitung eine Vertragsstrafe in Höhe von 1.000 Euro fordern. Dasselbe gilt für die Fristen zur Vorlage der Verträge nach § 4 Abs. 1a, jedoch nicht für den Fall der alternativen Einsichtnahme in die Unterlagen. Diese muss bis zu den genannten Terminen auf Verlangen des Bezirksamtes ermöglicht werden. Einer schriftlichen Aufforderung mit Fristsetzung bedarf es hierfür nicht. Andere Maßnahmen werden hierdurch nicht berührt.

Hamburg, den 02.06.2020

Freie und Hansestadt Hamburg
- Bezirksamt Bergedorf -

[REDACTED]
Arne Dornquast
Bezirksamtsleiter

Hamburg, den 02.06.2020

Projektgesellschaft Bergedorfer Tor mbH & Co. KG

[REDACTED]
Geschäftsführer

[REDACTED]
Geschäftsführer
[REDACTED]